

## Antrag

### 6.12: Jugend beteiligen jetzt!

Antragsteller\*in: KjG-Bundesleitung

#### Antragstext

- 1 Die Bundesversammlung des Bundes der deutschen katholischen Jugend bezieht  
2 Stellung zur aktuellen gesellschaftspolitischen Debatte und bekräftigt ihre  
3 Forderungen<sup>[1]</sup> zu mehr Kinder- und Jugendbeteiligung:
- 4 „Entscheidungen, die heute getroffen werden, haben entscheidende Auswirkungen  
5 für zukünftige Generationen: Klimaschutz, Staatsverschuldung, Bildungspolitik,  
6 Verbrauch von Ressourcen, Fragen der Ökologie, Umbau der Sozialsysteme,  
7 Migrationsfragen, [...]. Politik muss nachhaltig und verantwortungsvoll gedacht  
8 werden<sup>[2]</sup> und dabei die Anliegen von Kindern und Jugendlichen im Blick behalten.
- 9 Kinder und Jugendliche haben oft keine Möglichkeit sich selbst an dem  
10 jeweiligen Diskurs zu beteiligen oder werden durch aktuelle  
11 Entscheidungsträger\*innen nicht ernst genommen. Das muss sich grundlegend  
12 ändern!
- 13 Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen, zu fördern und zu unterstützen ist  
14 für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir in den katholischen Kinder- und  
15 Jugendverbänden leben Beteiligung: in unserer Arbeit übernehmen Menschen  
16 ungeachtet ihres Alters Verantwortung und setzen sich für ihre Anliegen und  
17 Themen ein.
- 18 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Mitbestimmung und Partizipation, dass  
19 sich unmittelbar aus den Grundrechten<sup>[3]</sup> ableiten lässt. Diese Möglichkeit der  
20 Teilhabe wird jedoch stark eingeschränkt: die Teilnahme an politischen oder  
21 kirchlichen Wahlen ist in der Regel erst ab einem bestimmten Alter – zumeist  
22 ab 14, 16 oder 18 Jahren - möglich. Wir in den katholischen Jugendverbänden  
23 fordern, dass eine Beteiligung junger Menschen nicht erst ab 14 Jahren beginnen  
24 darf, sondern diese durch eine aktive Einbindung in politische,  
25 gesellschaftliche und kirchliche Entscheidungsprozesse auch eher dazu befähigt  
26 werden können, ihre Meinung einzubringen.<sup>[4]</sup>
- 27 Einen möglichen und notwendigen Weg stellt die aktive Beteiligung an Wahlen  
28 dar, da mit Wahlen die großen Weichen für die Zukunft gestellt werden und  
29 damit Politiker\*innen gegenüber Kindern und Jugendlichen rechenschaftspflichtig  
30 werden. Durch das Aufrechterhalten einer Mindestaltersgrenze wird ein gutes  
31 Sechstel (13,5 Millionen) der Bevölkerung per se von politischen  
32 Entscheidungsprozessen aufgrund von historisch gewachsener Willkür  
33 ausgeschlossen. Dieser Umstand ist nicht zufriedenstellend und darf kein  
34 rechtfertigendes Argument bleiben. Umgekehrt gibt es beispielsweise keine  
35 Altersobergrenze.
- 36  
37 Als katholische Jugendverbände fordern wir die Entscheidungsträger\*innen in

38 unserer Politik, Kirche und Gesellschaft auf:

39 **Kinder und Jugendliche mit ihren Anliegen ernst zu nehmen!**

40 Entscheidungsträger\*innen müssen mit und nicht über Kinder und Jugendliche  
41 sprechen. Kinder und Jugendliche sind in politische Prozesse einzubinden und ihr  
42 Forderungen ernst zu nehmen. Dazu braucht es ein institutionalisiertes  
43 Mitspracherecht für Kindern und Jugendliche in Politik, Kirche und Gesellschaft  
44 durch dauerhaft angelegte, geeignete Beteiligungsformate!  
45

46 **Sich für eine Absenkung des Wahlalters einzusetzen!**

47 Kinder und Jugendliche sollen selbst mitbestimmen können. Bisherige  
48 Altersgrenzen sind willkürlich gezogen und müssen sich an der aktuellen  
49 Lebenswirklichkeit orientieren. Dabei ist auch zu prüfen inwiefern eine  
50 eigenständige Eintragung von Kindern und Jugendlichen in die Wahlregister  
51 realisiert werden kann, um Kindern und Jugendlichen frühestmöglich die  
52 Möglichkeit zur Partizipation zu geben. Ein Stellvertreter\*innenwahlrecht  
53 lehnen wir ab!  
54

55 **Politik sprachfähig zu gestalten!**

56 Um Kindern und Jugendlichen eine Teilhabe zu ermöglichen, braucht es eine  
57 einfache Sprache der Politik. Sachverhalte – wie Gesetzesvorhaben,  
58 Parteiprogramme, [...] – müssen klar benannt und verständlich übersetzt  
59 werden. Dabei sollen die inhaltlichen Aussagen im Vordergrund stehen. Kinder und  
60 Jugendliche dürfen nicht von inhaltsleeren und polemischen Phrasen verwirrt  
61 oder gelangweilt werden!  
62

63 **Kinder und Jugendliche in ihrem Tun zu bestärken und zu fördern!**

64 Damit sich Kinder und Jugendliche im politischen Geschehen gut zurechtfinden,  
65 ist ein Zusammenspiel von Politik, Kirche und Gesellschaft essenziell. Sie  
66 müssen Kindern und Jugendlichen Räume bieten, in denen sie sich in ihrem  
67 politischen und damit gesellschaftlichen Handeln ausprobieren können, um sich  
68 selbst als wichtigen Teil der Gesellschaft zu begreifen!  
69

70 **Bildung praktisch und lebensweltorientiert umzusetzen!**

71 Damit Kinder und Jugendliche zu mündigen Bürger\*innen werden können braucht  
72 es politische Bildung, die nicht nur theoretisch und abstrakt über Politik  
73 spricht, sondern diese praktisch erlebbar macht. Dazu braucht es einerseits eine  
74 feste Verankerung von Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule und  
75 andererseits eine Form der politischen Bildung, die auf aktuelle Entwicklungen  
76 und Diskurse Bezug nimmt und so das nötige Wissen vermittelt, sich selbst in  
77 die Gesellschaft einzubringen. Sowohl an schulischen als auch außerschulischen  
78 Bildungsorten!  
79

80 **Junge Menschen als Entscheidungsträger\*innen einzusetzen!**

81 Junge Menschen machen ein Drittel unserer Bevölkerung aus, daher müssen sie  
82 auch in unserer Politik, Kirche und Gesellschaft mehr Verantwortung übernehmen  
83 dürfen. Wir wollen, dass mindestens 25% der Stellen für  
84 Entscheidungsträger\*innen in Parlamenten, Parteien und kirchlichen Strukturen  
85 jungen Menschen unter 30 Jahren vorbehalten sind!  
86

87 **Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern!**

88 Wir fordern, dass die Inhalte der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland  
89 umfassend umgesetzt werden. Dazu gehört für uns insbesondere die Verankerung

## Begründung

Als Expert\*innen für die Lebenswerten von Jungen Menschen müssen wir als katholische Kinder- und Jugendverbände müssen wir einen Beitrag zum aktuellen gesellschaftspolitischen Diskurs leisten und den Vorwürfen, die junge Generation sei nicht politisch oder in der Lage komplexere Sachverhalte zu verstehen. Kinder und Jugendliche sind entgegen vieler pauschaler Behauptungen sehr wohl politisch. Sie gestalten ihre, unsere Welt gemeinsam und setzen sich verantwortungsvoll für ihre Anliegen und unsere Zukunft ein. Deutlich wird dies immer wieder durch das große Kinder- und Jugendpolitische Engagement in Deutschland, unseren Verbänden und zuletzt besonders durch die Initiative „Fridays for Future“.

Um eine sinnvolle Politik für Kinder und Jugendliche zu machen, genügt es nicht sie unverbindlich und pro forma zu befragen. Vielmehr muss ihnen die Möglichkeit zu direkter Mitbestimmung gegeben und ihnen somit eine eigene Stimme verliehen werden. Partizipation darf nicht zum Alibi verkommen, das nur in Kinder- und Jugendverbänden Bedeutung hat, ansonsten bei politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen aber keine Rolle spielt. Partizipation muss daher gerade auch bei politischen Wahlen gelebt werden. Entscheidungen, die heute getroffen werden, haben Bedeutung und Auswirkungen für zukünftige Generationen. Dies gilt inzwischen annähernd allumfassend, beispielsweise in den Bereichen: Staatsverschuldung, Bildungspolitik, Verbrauch von Ressourcen, Fragen der Ökologie, Umbau der Sozialsysteme, Migrationsfragen. Demnach wird es sich nicht vermeiden lassen, dass zukünftige Generationen mit Auswirkungen von Entscheidungen umgehen müssen, die heute getroffen werden. Für eine Politik, die sich um Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit bemüht, bleibt es daher unerlässlich, die Bedeutung anzuerkennen, dass heute schon die Generationen Kinder und Jugendlicher in Entscheidungsprozesse eingebunden werden müssen, die in naher Zukunft die Erwachsenengenerationen bilden.

Die formulierte Stellungnahme und die formulierten Forderungen sollen von allen Akteur\*innen im BDKJ genutzt werden, um positiv auf die aktuellen Entwicklungen und Überlegungen zur Einbindung der Kinderrechte ins Grundgesetz sowie die Novellierung des Wahlrechtes einwirken zu können. Die Forderungen ergeben sich grundlegend aus dem Sozialwort der Jugend „...**damit die Welt zusammen hält**“ sowie den bisherigen Beschlüssen des BDKJ:

„Jugend beteiligen!“ Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2011

„Langer Atem für Kinder und Jugendliche“ Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2009

„Kinderrechte in die Verfassung“ Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2007

[1] „Jugend beteiligen!“ Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2011

[2] „Langer Atem für Kinder und Jugendliche“ Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2009

[3] Vgl. Artikel 20 des Grundgesetzes

[4] „Jugend beteiligen!“ Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2011